Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint
wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat **1 G.-Mk.** frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Hof und Scholle".
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen **1,20 Mk.**
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27

Anzeigen
werden die sechsgespaltene 8 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit **15 Pfg.** berechnet; auswärts **20 Pfg.** Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile **40 Pf.** Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postscheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt **15 Pfg.** Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer .·. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 80. Donnerstag, den 7. Juli 1927. 20. Jahrgang.

Freund! Unrecht tun und
Unrecht leiden,
Was wählest du dir wohl von
beiden?
Ich? Keins! Denn Herz und
Ehre spricht:
Laß jenes, dulde dieses nicht.

Deutsche Militärattaches.

Vor einigen Tagen wurde die deutsche Oeffentlichkeit durch eine Meldung aus London überrascht, wonach die englische Regierung beschlossen hat, die vormals feindlichen Regierungen, also auch Deutschland, einzuladen, Militärattachés in London zu ernennen. Da Ungarn dieser Anregung bereits Folge geleistet hat und schon in den nächsten Tagen einen Militärattaché seiner Londoner Gesandtschaft beigeben wird, glaubt die englische Presse annehmen zu können, daß auch Deutschland diesem Beispiel Ungarns in absehbarer Zeit folgen wird.

Die Frage der Ernennung deutscher Militärattachés bei den diplomatischen Vertretungen im Ausland war in den letzten Wochen in der ausländischen Presse wiederholt angeschnitten worden. Immerhin kommt die englische Einladung etwas unvermittelt. Wie nämlich von zuständiger deutscher Seite dazu mitgeteilt wird, ist die Frage noch im Stadium der Erwägung, und die Regierung wird erst einen Beschluß fassen, wenn sich die Zweckmäßigkeit der Einrichtung von Militärattachéstellen ergeben hat. Im übrigen ist die ganze Frage noch nicht aktuell, da im neuen Reichshaushalt für diese Posten noch keine Gehälter in Anschlag gebracht sind.

Allerdings dreht es sich hier um eine Frage grundsätzlicher Natur. Die sämtlichen Großmächte unterhalten an ihren Botschaften in Berlin und Angora und an ihren Gesandtschaften in Wien, Budapest und Sofia Militärattachés. Gemäß der durch die Zugehörigkeit zum Völkerbund dokumentierten Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten wäre demnach das Recht Deutschlands, der Türkei, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens, an ihre auswärtigen Missionen Militärattachés zu entsenden, klar gegeben. Von England und Italien scheint dieses Recht auch ohne weiteres anerkannt zu werden.

Nur Frankreich will auch in dieser Frage wieder einmal Schwierigkeiten machen, und zwar berufen sich die Franzosen dabei auf den Artikel 179 des Versailler Vertrages, in dem sich Deutschland bekanntlich verpflichten mußte, „vom Inkrafttreten des Vertrages an in keinem fremden Lande irgendeine Mission des Landheeres, der Seemacht oder der Luftstreitkräfte zu beglaubigen, keine solche Mission dorthin zu senden oder abreisen zu lassen." Wie Frankreich aus diesem Wortlaut ein Verbot von Militärattachés herauslesen kann, ist unverständlich. Lediglich Militär-, Marine- und Luftschiffahrt-Missionen sind verboten. Derartige Missionen setzen sich bekanntlich aus mehreren Personen zusammen und haben außerdem einen ganz anderen Zweck als Militärattachés. Ihre Aufgabe besteht in der Ausbildung der Armeen derjenigen Länder, bei denen sie beglaubigt sind. So unterhält z. B. Frankreich Militärmissionen in Polen, der Tschechoslowakei und in Griechenland. Die Attachés aber sind einzelne Offiziere, die zu den auswärtigen Botschaften und Gesandtschaften kommandiert sind und über die militärischen Vorgänge in den betreffenden Ländern zu berichten haben. Außerdem werden die Militärattachés gelegentlich mit militärpolitischen Aufgaben beauftragt, für deren Erledigung die diplomatischen Beamten nicht in Frage kommen. So wurde jüngst die internationale Militärkommission zur Untersuchung des albanisch-jugoslawischen Grenzkonfliktes aus den Belgrader Militärattachés Englands und Frankreichs gebildet. Deutschland, das ebenfalls zur Entsendung eines Vertreters in diese Kommission aufgefordert worden war, mußte einen Zivilbeamten entsenden, da die deutsche Gesandtschaft in Belgrad über einen Militärattaché nicht verfügte. Aus diesem einen Beispiel schon ergibt sich, daß die diplomatischen Vertretungen die Militärattachés als Sachverständige in militärischen Dingen schlecht entbehren können.

Erfreulich an der ganzen Angelegenheit ist die Tatsache, daß sowohl England als auch Italien sich die tendenziöse Auslegung des Versailler Vertrages durch Frankreich wenigstens in diesem Punkte nicht zu eigen machen wollen. In welchen Fällen im einzelnen die Entsendung deutscher Militärattachés notwendig oder nützlich ist, darüber wird sich die Reichsregierung im geeigneten Augenblick entscheiden müssen. Aller Wahrscheinlichkeit nach kommt die Verwendung von Militärattachés vorläufig nur in London und Rom in Betracht, während der Pariser Botschaft zunächst kein Militärattaché beigegeben werden dürfte. Nach den übrigen Ländern dürften ebenfalls nur in besonderen Fällen militärische Sachverständige entsandt werden.

Der Kampf gegen Versailles.

Die Reichstagung in Goslar.

Unter außerordentlich starker Beteiligung aus dem ganzen Reiche wurde in Goslar die Jahrestagung des „Arbeitsausschusses deutscher Verbände", der bekannten Spitzenorganisation zum Zwecke der propagandistischen Bekämpfung der Kriegsschuldlüge, von dem Vorsitzenden, Gouverneur z. D. Schnee, eröffnet. Eine Reihe Fraktionen des Reichstages hatte Vertreter entsandt, darunter die Abgeordneten Laverrenz, Kaas, Freiherr v. Rheinbaben und Fischbeck. Als erster Referent sprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses Hans Draeger über

die deutsche Revisionsbewegung,

ihre Entwicklung und künftigen Ziele. Der Redner stellte an die Spitze seiner Ausführungen ein Wort des berühmten deutschen Juristen Ihering „Kein Volk hat das Recht, auf sein Recht zu verzichten!".

In seiner Arbeit gehe der Ausschuß von dem einwandfrei feststehenden Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf das Friedensprogramm Wilsons und auf den deutschen Vorfriedensvertrag aus. Dies werde immer die große Rechtsbasis bleiben, die für die Herbeiführung eines rechten und gerechten Friedens von allen kriegführenden Mächten angenommen worden sei. Das werde der Welt immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden müssen. So sei auch die große Aufgabe unserer Bewegung klar: die Herausbildung eines internationalen Willens, der dem deutschen Volke sein ihm versprochenes Recht zukommen ließe.

Zum Schluß gab der Redner noch einen Ausblick auf die Zukunft. Er betonte dabei die Wichtigkeit, mit dem Auslande in eine

Diskussion über die Kriegsschuldfrage

zu kommen, da es gar nichts nütze, wenn wir uns gegenseitig unsere Unschuld bekennen. Solche Diskussionen mit dem Ausland, die in erster Linie von Gelehrten ausgehen sollten, an denen sich aber auch Politiker, vor allem auch das Parlament beteiligen sollten, werden bestimmt die großen sachlichen Zusammenhänge klären und aufdecken. **Im Inlande selbst darf aber die Bewegung unter keinen Umständen zur Ruhe kommen.** Denn wenn wir selbst uns nicht regen, wird das Ausland noch viel weniger tun. Die Arbeit in der Kriegsschuldfrage ist letzten Endes eine nationale Erziehungsfrage, eine Erziehung zur Sachlichkeit und zur Zähigkeit. Es ist erforderlich, daß all unser Sinnen und Trachten dem Werben einer einheitlichen Auffassung in Deutschland selbst gilt. Als uneiniges Volk werden wir uns die große nationale Geltung niemals erkämpfen können.

Der zweite Referent des Vormittags war Dr. Otto Kriegk, der über die deutsche Außenpolitik seit dem Diktat von Versailles sprach. Der nächste Redner, Universitätsprofessor Dr. Jastrow-Berlin behandelte das Problem der Reparationen unter besonderer Berücksichtigung der Frage der internationalen Verschuldung. Außerdem sprechen noch Hochschulprofessor Dr. Erich Obst-Hannover über die Stellung Europas in der Welt, Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger-Hannover über Deutschlands Kriegsschuld in der öffentlichen Meinung der Welt, Universitätsprofessor Dr. Heinrich Pohl-Tübingen über das neue Völkerrecht auf Grund des Versailler Diktates, Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Ludwig Kaas über die Probleme der deutschen Völkerbundpolitik und Reichstagsabgeordneter Gouverneur z. D. Dr. Schnee über Deutschlands Stellung in der Welt. An die einzelnen Vorträge schließen sich Aussprachen an.

Keine Mietserhöhung.

Eine halbamtliche Erklärung.

Zu der irrigen Meinung, wonach Mietserhöhungen bis zu 160 Prozent zu erwarten seien, wird den Blättern von zuständiger Seite mitgeteilt, daß diese Meinung jeglicher Grundlage entbehrt.

Die sogenannte Denkschrift, von welcher in der Meldung die Rede ist, ist ein Referentenentwurf, der vom Reichstag schon seit längerer Zeit gefordert worden war und welcher im Mai dieses Jahres den Wohnungsressorts der Länder und den Mitgliedern des Wohnungsausschusses des Reichstages zugänglich gemacht worden ist. In einem Abschnitt dieses Referentenentwurfes findet sich in einer theoretischen Erörterung der Satz, daß die Neubau-Mieten sich auf 130 bis 160 Prozent der Friedensmiete stellen würden. Es wird aber hinzugefügt, daß eine Senkung dieser Sätze wünschenswert sei.

Wiederholt wird bei dieser Gelegenheit, daß vor dem 1. April 1928 eine Steigerung der Mieten über 120 Prozent nicht in Frage kommt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. Juli 1927.

— Reichspräsident v. Hindenburg hat zu der Eröffnung der Rhein-Ausstellung in Koblenz an den Oberbürgermeister Dr. Russel ein Glückwunschtelegramm gesandt.

— Auf der Reichsjugendtagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten vom 16. bis 18. Juli 1927 in Kassel wird der preußische Kultusminister Dr. Becker über deutsches Volkstum und Staat sprechen.

— Das deutsche Linienschiff „Hessen" und das Torpedoboot „T 190" werden am 12. Juli der Stadt Danzig einen Besuch machen.

— Der hessische Ministerialrat Ferdinand Kirnberger wurde mit der Stellvertretung des schwer erkrankten Innen- und Justizministers v. Brentano beauftragt und gleichzeitig als Minister ohne Portefeuille ins hessische Staatsministerium berufen.

— Der italienische Staatssekretär für Luftfahrt, Balbo, ist mit dem Flugzeug von London in Berlin eingetroffen, um mit dem Reichsverkehrsministerium über die Frage der Luftverbindung Rom—Berlin zu verhandeln.

*

:: **Die Rentenansprüche der Standesherren.** In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preußischen Staatsministeriums bezifferte der preußische Finanzminister die Rentenansprüche der Standesherren auf jährlich 6 Millionen Mark, was kapitalisiert einem Gesamtbetrag von 120 Millionen Mark entspricht. Preußen schlägt vor, diese Ansprüche nach dem Aufwertungsgesetz in Anlehnung an die Aufwertung der Alt-Anleihegläubiger, während das Reich eine Anlehnung an die Hypothekenaufwertung, die für die Standesherren bedeutend vorteilhafter wäre, vorzuziehen scheint. Eine Einigung zwischen Reich und Preußen ist bis jetzt noch nicht erzielt.

:: **Bayern gegen das Steuervereinheitlichungsgesetz.** Der neue bayerische Finanzminister Dr. Schmelzle sprach sich in seiner Antrittsrede gegen das geplante Rahmensteuergesetz des Reiches aus, weil es sowohl in staatsrechtlicher wie in finanzieller und politischer Hinsicht eine bare Unmöglichkeit sei. Er hoffe und wünsche inständig, daß dieser Entwurf niemals die Billigung des Reichskabinetts finden möge. Die bayerische Staatsregierung werde an der Verwirklichung der berechtigten Gedanken des Gesetzes gern mitarbeiten, könne aber ihre Unterstützung einem Gesetze nicht leihen, das die letzten Rechte finanzieller und damit staatlicher Selbständigkeit beseitigen würde.

Rundschau im Auslande.

‡ Die französische Kammer hat die Besprechung einer royalistischen Interpellation über die Verhaftungen in der „Action Francaise" mit 351 gegen 110 Stimmen abgelehnt.

‡ Der Sultan von Marokko, Mulay Jussuf, ist schwer erkrankt.

‡ In Riga ist eine große Spionageorganisation zugunsten Sowjetrußlands entdeckt worden.

*

Protest der Memelländer.

‡ Eine Abordnung der Landesvorstände der memelländischen Volkspartei und der memelländischen Landwirtschaftspartei wurden beim Gouverneur vorstellig, um sie über den Zeitpunkt der Landtagswahlen zu unterrichten. Der Gouverneur versprach, beim Landesdirektorium und der Wahlkreiskommission entsprechende Schritte zu unternehmen. Ferner übergab die Abordnung dem Gouverneur einen von den beiden Parteien unterzeichneten Einspruch gegen die scharfe und einseitig gegen die memelländische deutsche Presse im Memelgebiet gehandhabte Pressezensur, die eines freien Volkes unwürdig sei.

Die englischen Liberalen gegen die Oberhausreform.

‡ Die liberale Partei Englands veranstaltete am Dienstag in London eine große Kundgebung gegen die Regierungsvorschläge für die Reform des Oberhauses.

es wurde ein „Massenangriff" der hervorragendsten liberalen Führer gegen die Regierung unternommen. Zum erstenmal seit der Bildung des „liberalen Rates" waren Lloyd George und Lord Grey auf derselben Plattform vereinigt. Der Sozialismus ist in Gefahr. Lloyd George erklärte in seiner Rede: „Es ist Grundgesetz des Parlamentarismus ist in Gefahr. Lloyd George erklärte in seiner Rede: „Es ist ein nackter und schamloser Versuch, die Verfassung dieses Landes im Interesse einer sehr kleinen Gruppe zu handhaben. Das Gleichgewicht der britischen Verfassung soll umgestoßen werden, um die Vorrechte, nein, Mißbräuche von 700 Peinern aus einer Bevölkerung von über 40 Millionen zu schützen." Unter lebhaftem Beifall der Zuhörerschaft schloß Lloyd George: „Dies ist der unverschämteste Versuch einer Verfassungsänderung, der je in diesem Lande unternommen worden ist."

Die Arbeitslosenversicherung.

Die Aussprache im Reichstag.

— Berlin, den 6. Juli 1927.

Nachdem in der gestrigen Sitzung Abg. **Beier-Dresden** (Wirtsch. Vgg.) Bedenken gegen die Mehrbelastung des Handwerks durch die Arbeitslosenversicherung geltend gemacht hatte, begründete zu Beginn der heutigen Sitzung Abg. **Thiel** (D. Vp.) einen auch von Angestelltenvertretern aus den Fraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Demokraten unterzeichneten Antrag, der die Zulassung von Ersatzkassen für die Angestellten verlangt. Als solche Ersatzkassen sollen unter gewissen Voraussetzungen die Stellenlosigkeits-Versicherungseinrichtungen der Angestelltenverbände gelten. Der Redner betont, daß hinter diesem Antrag die nichtsozialdemokratische Mehrheit der organisierten Angestellten stehe.

Damit ist die Besprechung der ersten beiden Abschnitte geschlossen. Es folgt der dritte Abschnitt des Gesetzes, über den

Umfang der Arbeitslosenversicherung.

Abg. **Schmidt-Köpenick** (Soz.) beantragt Schutzbestimmungen für den Fall willkürlicher Entlassung und die Einbeziehung der in der jetzigen Vorlage von der Versicherung ausgeschlossenen Arbeitnehmer in der Binnen- oder Küstenfischerei.

Abg. Frhr. v. **Stauffenberg** (Dntl.) betont, in der Landwirtschaft bestehe Mangel an Arbeitskräften, so daß ein Bedürfnis nach Arbeitslosenversicherung nicht vorhanden sei. Die Versicherungsbefreiung sollte sich auch auf die rein landwirtschaftlichen Gärtnereien erstrecken.

Geheimrat Dr. **Weiger** vom Reichsarbeitsministerium erklärt dazu, die Begriffsbestimmung der Gärtnereien sei ziemlich schwierig. Die Erwerbslosenfürsorge rechne den feldmäßigen Gemüsebau zur Landwirtschaft, aber nicht diejenigen Gärtnereien, in denen Binnenzucht, Pflanzenveredelung usw. getrieben wird.

Abg. **Obendick** (Kom.), verlangt die Einbeziehung aller Land- und Forstarbeiter und der Kleinbauer- und Kleinfischer in die Versicherung.

Beim nächsten Abschnitt, der die **Versicherungsleistungen** betrifft, bezeichnet Abg. **Grotewohl** (Szd.) die Gewährung von Reichszuschüssen als notwendig. Die Bezugsdauer der Unterstützung müsse angesichts der langen Erwerbslosigkeit in vielen Berufen auf 52 Wochen verlängert werden. Die Bestimmungen über die Krisenfürsorge in der neuen Vorlage seien ungenügend.

Abg. Frau **Arendsee** (Kom.) beantragt einen einheitlichen Unterstützungssatz, der auch bei Streiks und Aussperrungen gezahlt werden soll.

Die Zulassung der Ersatzkassen abgelehnt.

In der Abstimmung werden die ersten beiden Abschnitte des Gesetzes in der Ausschußfassung angenommen. Abgelehnt wird auch der Antrag auf Zulassung der Ersatzkassen.

Dagegen wird ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der die bisherigen zehn Lohnklassen um eine vermehrt. Danach beginnt die erste Klasse mit einem Wochenlohn bis 10 M., statt bisher 12 M. Entsprechend ändern sich die Sätze des Einheitslohnes auch in den übrigen Klassen.

Prinz Friedrich Sigismund †.

— Luzern, 7. Juli.

Prinz Friedrich Sigismund von Preußen ist an den schweren Verletzungen, die er sich durch den Sturz bei der Springkonkurrenz zugezogen hatte, infolge einer plötzlich eingetretenen Verschlimmerung gestorben.

Der so jählings zu Tode gekommene Prinz zählte zu unseren hervorragendsten Turnereitern. Er war besonders auch im Auslande, namentlich in Holland und der Schweiz, wo er früher ebenfalls große sportliche Erfolge zuwege brachte, sehr bekannt und wurde seiner sportlichen Tüchtigkeit wegen weithin hochgeschätzt. Das jähe Schicksal, das den Prinzen trotz der anfänglichen erschütlichen Besserung seines Befindens leider nun doch ereilt hat, wird weit über Deutschlands Grenzen hinaus, innigstes menschliches Mitgefühl auslösen.

*

Prinz Friedrich Sigismund ist der Sohn des Prinzen Friedrich Leopold. Seine Gattin Marie Luise, Prinzessin von Schaumburg-Lippe, huldigt ebenfalls von jeher dem Pferdesport und brachte es, wie ihr Gatte, wiederholt bei deutschen Turnieren zu großen Erfolgen. Der Ehe entsprossen zwei Kinder, eine neun Jahre alte Tochter und ein achtjähriger Knabe. Ein Bruder des Prinzen war der Prinz Friedrich Karl, der den Pilotentod gestorben ist.

Die Strafanträge im Harburger Prozeß.

Doppelte Todesstrafe für David Strasser.

— Harburg, 7. Juli. **Im Prozeß gegen den des Mordes an seiner Ehefrau und seinem Sohne sowie wegen Brandstiftung angeklagten Schuhwarenhändler David Strasser beantragte der Staatsanwalt doppelte Todesstrafe und zehn Jahre Zuchthaus sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit.**

Der Planener Prozeß.

Die Berufungsverhandlung vor der Strafkammer.

In dem wiederaufgerollten Beleidigungsprozeß des Reichsaußenministers Dr. Stresemann gegen den Planener Rechtsanwalt Dr. Müller hielt der Angeklagte seine bereits in der ersten Instanz ausgesprochenen Beschuldigungen aufrecht, daß Dr. Stresemann in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter und Aufsichtsratsmitglied der Evaporatorgesellschaft in ein gegen diese Gesellschaft wegen angeblicher Munitionsschiebungen schwebendes Verfahren eingegriffen und sich damit zur Deckung der verbrecherischen Handlungen der Evaporator hergegeben habe.

Im Laufe der Verhandlungen erklärt der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Dr. Hahn, daß der Angeklagte nicht daran gedacht habe, Dr. Stresemann des Landesverrats zu bezichtigen. Lediglich die Vorwürfe lügenhafter Politik und der Korruption lägen vor. Es wird darauf eine Reihe von Telegrammen und Schreiben aus den Akten verlesen, die sich auf die Beschlagnahme von 29 Waggon Schrott in Eger und anderen Schrottsendungen beziehen. Im Zusammenhang damit behauptet der Angeklagte, daß Stresemann unbedingt Kenntnis von dem Verdachtsmoment erlangt haben müsse, daß der Schrott für Munitionszwecke noch verwendbar sei. Auch sonst sucht die Verteidigung allerhand Beweise für die Machtstellung der Evaporatorgesellschaft zu erbringen. So überreichte Justizrat Hahn einen

Originalbrief der Reichstreuhandgesellschaft

an das Reichsschatzministerium, in dem die Gesellschaft dem Ministerium die Auskunft über die Schrottlieferungen verweigert und es unmittelbar an die Evaporatorgesellschaft verweist. Es kommt dann zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem Angeklagten und seinen Verteidigern einerseits und dem Rechtsbeistand Stresemanns und dem Staatsanwalt andererseits, weil erstere jede Angabe über die Herkunft dieses amtlichen Schreibens verweigern und letztere die Echtheit desselben in Frage stellen. Schließlich wird durch einen Sachverständigen **die Unterschrift und das Aktenstück für echt erklärt.**

Justizrat Hahn beantragt dann die Ladung verschiedener Zeugen und verlangte Gegenüberstellung von Dr. Stresemann mit Dr. Schacht. In den einzelnen Beweisanträgen wird u. a. verlangt die Vernehmung des Reichstagsabgeordneten und Ministers a. D. Dr. Scholz, die Vernehmung des Peine-Berlin, der Frau Baer-Berlin und des Ingenieurs Horstmann-Berlin.

Krisis auf der Dreimächtekonferenz.

Immer noch Hoffnung auf Einigung.

Wie die Schweizerische Depeschenagentur aus Genf berichtet, ist die Konferenz der drei großen Seemächte Großbritannien, Vereinigte Staaten und Japan, welche seit 2½ Wochen in Genf tagt, in ein kritisches Stadium eingetreten. Die bereits am ersten Tag aufgetretenen weitgehenden Meinungsverschiedenheiten über die Art der Beschränkung der Marinerüstungen haben sich bisher nur in wenigen Punkten geändert.

Entgegen irreführender Auslegung der amtlichen Konferenzberichte wird von amerikanischer Seite erneut betont, daß weder in der U-Boot-Frage noch in der Kreuzerfrage eine Einigung erzielt worden ist. Es wäre jedoch verfehlt, aus den zur Zeit bestehenden, nicht zu leugnenden Schwierigkeiten schließen zu wollen, daß die ganze Marineabrüstungskonferenz zum Scheitern verurteilt sei. Man erwartet im Gegenteil, daß es dem guten Willen und der Geschicklichkeit der Unterhändler gelingen wird, im Laufe der kommenden Tage und Wochen eine Annäherung der verschiedenen Standpunkte herbeizuführen.

Schlußdienst.

:: **Studienreise preußischer Landtagsabgeordneter.** In Wien sind unter Führung des Abg. Meyer-Solingen 22 Abgeordnete aller Parteien des preußischen Landtages eingetroffen, um als Mitglieder des Wohnungsausschusses des preußischen Landtages die städtischen Wohnungseinrichtungen zu studieren.

:: **Die Regierung in Mecklenburg-Schwerin bleibt.** Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin hat den Antrag der Rechtsparteien auf Abberufung des Ministeriums, das auch nach den Neuwahlen noch im Amt verblieben ist, mit Stimmengleichheit, 23 gegen 23 Stimmen, abgelehnt. Für die Abberufung stimmten die Deutschnationalen, Völkischen, Volkspartei und Wirtschaftspartei, gegen die Abberufung die beiden Regierungsparteien (Sozialdemokraten und Arbeitsgemeinschaft). Entscheidend war die Stimmenthaltung der drei Kommunisten, die einen eigenen Mißtrauensantrag eingebracht hatten. Ueber diesen Antrag wird der Landtag erst nach seinem Wiederzusammentritt am 16. August abstimmen.

Dr. Kahl Vorsitzender des Strafrechtsausschusses.

— Berlin, 7. Juli. Der neugebildete Strafrechtsausschuß des Reichstags hat in seiner ersten Sitzung den Abg. Dr. Kahl (DVP.) zu seinem Vorsitzenden und den Abg. Dr. Bell (Ztr.) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Beratung des ihm überwiesenen Entwurfes eines gemeinsamen deutschen Strafgesetzbuches soll am 21. September beginnen.

Die Zollvorlage im Ausschuß.

— Berlin, 7. Juli. Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde gestern die Beratung der Zollvorlage in Angriff genommen. Reichsernährungsminister Schiele verteidigte noch einmal die Erhöhung des Kartoffelzolles und des Fleischzolles und stellte fest, daß die Schutzzollvorlage in allen ihren Teilen nicht nur berechtigt, sondern sogar ein dringendes Bedürfnis sei.

Brandstiftung in Döberitz?

— Spandau, 7. Juli. Während der Nacht kam auf dem Holzlagerplatz der Firma Schulze ein Brand zum Ausbruch, der die Holzbestände im Werte von annähernd 100 000 Mark vernichtete. Es besteht der starke Verdacht, daß böswillige Brandlegung in Frage kommt.

Die Lehrerkündigungen im Memelgebiet.

— Memel, 7. Juli. Anläßlich der vom Landesdirektorium in der letzten Zeit erfolgten Kündigung von 34 Lehrern haben die Landwirtschaftspartei und die Volkspartei des Memellandes dem Landesdirektorium einen Protest zugestellt, in dem darauf hinge-

Im Sturme der Leidenschaft.

34] Roman von Otto Elster.

Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1926.

„Wissen Sie, Herr, daß das sehr wenig glaubhaft klingt? Na, ich will mich nicht in Ihre Geheimnisse drängen, aber der Hafenbehörde muß ich doch melden, wie und wo ich Sie aufgefischt habe."

„Ich möchte Sie bitten, das nicht zu tun."

„Hm — aus welchem Grunde?"

„Ich kann Ihnen den Grund jetzt nicht sagen. Es soll aber Ihr Schaden nicht sein, ich will sie reichlich bezahlen, wenn Sie mich mit nach Swinemünde nehmen, ohne meine Anwesenheit auf dem Dampfer in Saßnitz bekannt werden zu lassen."

Der Kapitän schüttelte den Kopf.

„Das kann ich nicht."

„Sie können es, wenn Sie nur wollen. Nennen Sie mir Ihren Preis — ich zahle Ihnen, was Sie wollen."

„Ich verhelfe keinem Verbrecher zur Flucht," erwiderte der Kapitän finster.

Forstenburg fuhr auf.

„Ich bin kein Verbrecher, Kapitän," sagte er erregt.

Der Kapitän zuckte die Schultern.

„Dann können Sie auch in Saßnitz an Land gehen," antwortete er ruhig. „Und nun entschuldigen Sie mich, ich muß wieder auf die Kommandobrücke."

Er grüßte leicht und entfernte sich. Auf der Brücke angelangt, übernahm er wieder das Kommando; er sprach durch das Sprachrohr in den Maschinenraum hinunter, und Forstenburg kam es vor, als ob die Schrauben sich rascher drehten und der Dampfer seine Fahrt eiliger als früher fortsetzte.

Aergerlich stampfte er mit dem Fuße auf. Was sollte er nun beginnen? Sollte er an Land gehen und der Gefahr trotzig und kühn die Stirn bieten? Was konnte man ihm beweisen? Im Grunde genommen war er sich ja auch keiner wirklichen Schuld bewußt — alles war ja doch nur ein unglücklicher Zufall, ein verhängnisvoller Irrtum gewesen — aber wie das beweisen? Und wer würde ihm das glauben?

Nein, es war besser, wenn er spurlos verschwand. — Aber wie das bewerkstelligen?

In tiefem Sinnen schritt er auf dem Deck auf und ab. Neugierig folgten ihm die Blicke der Matrosen; der Kapitän und der Steuermann sprachen leise miteinander, der Steuermann sah scharf nach Forstenburg hinüber, dann nickte er mit dem Kopfe, und wieder sprachen sie leise und eifrig miteinander.

Forstenburg aber achtete nicht mehr auf sie, er hatte einen neuen Plan ersonnen. Er näherte sich einem Matrosen, der im Heck des Dampfers stand und das Tau fester anzog, an dem das kleine, im Kielwasser auf und nieder tanzende Boot befestigt war.

„Sprecht Ihr Deutsch!" fragte Forstenburg den mürrisch dreinblickenden Mann.

„Ja, Herr," nickte dieser.

„Wollt Ihr ein schönes Stück Geld verdienen?"

Der Matrose grinste.

„Geld kann man immer gebrauchen, Herr."

„Nun gut — ich geb' Euch zwei Goldfüchse, wenn Ihr mich, ohne daß es der Kapitän oder der Steuermann bemerken, mit dem Boot ans Land setzt."

„Geht nicht, Herr. Das würde sofort bemerkt werden."

„Es geht. Der Kapitän begibt sich, wenn der Dampfer am Kai festgemacht ist, an Land, der Steuermann hat gewiß mit der Ladung zu tun, dann springen wir in das Boot, in dem ja einige Riemen liegen, und Ihr rudert mich an Land und kehrt dann an Bord zurück."

„Weshalb geht Ihr nicht auf dem gewöhnlichen Wege an Land?" fragte der Matrose mißtrauisch.

„Das geht Euch nichts an," entgegnete Forstenburg. „Ich will da einigen Bekannten aus dem Wege gehen."

Der Matrose lächelte schlau.

„Aha, ich verstehe. Ihr habt was auf dem Kerbholz!"

„Mag sein. Aber das braucht Euch nicht zu kümmern. Ich engagiere Euch für eine Bootsfahrt — weiter wißt Ihr nichts. Na, wie ist's? Wollt Ihr Euch die Goldfüchse verdienen?"

„Wenn's möglich ist — ja. Aber ich muß erst sehen, ob ich Zeit und Gelegenheit finde. Ich werd' Euch einen Wink geben."

„Gut, ich verlasse mich auf Euch und bleibe hier in der Nähe."

Der Matrose entfernte sich. Forstenburg ließ sich auf einen Haufen zusammengerollter Taue nieder, aufmerksam die Umgebung des Hafens beobachtend, in die man jetzt einfuhr.

Kommandorufe ertönten, die Schrauben stoppten, der Dampfer legte sich an den Kai an und wurde fest festgemacht. Der Kapitän kam von der Kommandobrücke herab und näherte sich Forstenburg.

„Ich gehe jetzt an Land, Herr," sagte er. „Wollen Sie mich begleiten?"

„Nein, ich werde später allein gehen."

„Wie Sie wollen. Ich muß übrigens den Vorfall der Hafenbehörde melden."

„Tun Sie, was Sie müssen!" entgegnete Forstenburg kalt.

„Ich muß Sie übrigens auch ersuchen, da Sie mich nicht begleiten wollen, so lange an Bord zu bleiben bis ich mit dem Hafenkommissar zurückkehre, der wohl ein Protokoll über Ihren Fall aufnehmen wird."

„Ich werde Sie erwarten."

„Wollen Sie mir nicht Ihren Namen nennen?"

„Nein, — nur dem Hafenkommissar."

„Gut — auf Wiedersehen denn."

Er grüßte kurz und wandte sich ab.

Eine Laufplanke war inzwischen vom Bord des Dampfers auf den Kai geschoben. Forstenburg sah, wie der Kapitän den Dampfer verließ und mit einem schwarzgekleideten Herrn sprach, der ihn scheinbar an dem Kai erwartet hatte und ihn höflich grüßte. Dann entfernten sich beide nach der Stadt zu.

(Fortsetzung folgt.)

wird, daß nach der einstimmigen Aufforderung Parteien diese das memelländische Schulwesen der gefährdenden Massenkündigungen mit dem des deutsch-litauischen Optionsabkommens nicht einbar seien. Die genannten Parteien erwarten, daß mindestens die am 1. Juli ausgesprochenen sieben Kündigungen nicht durchgeführt werden.

5 Häuser mit Nebengebäuden eingeäschert.

— **Hannover**, 7. Juli. In Dassel wurden durch ein Großfeuer fünf Wohnhäuser mit Nebengebäuden vollständig eingeäschert. Die Kirche wurde gerettet.

Mit dem Auto in den Tod.

— **Saalfeld**, 7. Juli. Mit größter Wucht sauste hier ein Auto gegen einen Baum. Die Gattin eines Berliner Fabrikbesitzers wurde getötet, eine Dame aus Breslau ist ernstlich verletzt worden.

Der deutsche Sitz in der Mandatskommission gutgeheißen.

— **Bern**, 7. Juli. Die Mandatskommission des Völkerbundes hat in ihrer gestrigen Sitzung den endgültigen Beschluß gefaßt, daß sie gegen die Ernennung eines deutschen Mitgliedes durch den Rat nichts einzuwenden habe.

Einigung über das Saarabkommen.

— **Paris**, 7. Juli. Dem Vernehmen nach ist zwischen den deutschen und französischen Unterhändlern eine Uebereinstimmung über die Verlängerung des Saarzollabkommens erreicht worden. Das Abkommen ist mit rückwirkender Kraft ab 1. Juli für einen Monat abgeschlossen worden und wird automatisch erneuert werden, falls von seiten der französischen Regierung keine Einwendungen erhoben werden. Die Unterzeichnung ist bereits erfolgt.

Byrd erhält die Ehrenlegion.

— **Paris**, 7. Juli. Der amerikanische Ozeanflieger Major Byrd und seine Begleiter wurden vom Ministerpräsidenten Poincaré empfangen, der Byrd die Abzeichen eines Offiziers der Ehrenlegion überreichte.

Die italienischen Schießübungen in Savoyen.

— **Paris**, 7. Juli. Zu den Schießübungen an der italienisch-französischen Grenze, durch die französische Eigentümer auf italienischem Gebiete geschädigt wurden, teilt das italienische Generalkonsulat in Chambery mit, daß der Räumungsbefehl mehrere Tage vorher öffentlich bekannt gemacht worden sei und daß alle durch das Einschlagen von Geschossen und den Durchzug von Truppen verursachten Schäden durch Sachverständige festgesetzt und restlos vergütet werden

Aus der Heimat

Spangenberg, den 7. Juli 1927.

Liebenbachbad.

Fliehst du die Stadt,
Gehst in das Bad
Ohne teu're Badereise,
Handelst du gar klug und weise.

✱ **Leichtsinn kostet Geld!** Dies hat wieder einmal ein Vorfall gezeigt, der sich gestern ¼14 Uhr ereignete. Ein junger Mann fuhr mit dem Fahrrad Platzgasse hinunter, selbstverständlich, wie die meisten Radfahrer, auf der verkehrten Seite, als ihn plötzlich ein ihm entgegenkommendes Auto an der Straßenkreuzung Neustadt-Platzgasse überraschte. Er konnte nicht mehr ausweichen und wurde von dem hinteren Autorad erfaßt. Zerbrochene Gabel und total zertrümmertes Vorderrad waren die Folgen von dem Leichtsinn des Radfahrers. Er selbst kam mit dem Schrecken davon. Eine Warnung für alle.

△ **Der Schlangenschreck.** In großen Schrecken versetzt wurden vor Tagen einige aus der Gastwirtschaft Heinz kommende junge Herren. Es war am Ausgang von Heinz Garten, als dieselben plötzlich eine ziemlich große Schlange über den Weg huschen sahen. Alles stutzte und keiner fand den Mut, sich der Schlange zu nähern. Im Zickzack hin und her bewegte sich dieselbe aber an ein Verschwinden dachte sie nicht. Dem vierblätterigen Kleeblatt war dies ein Rätsel. Kam doch dann einem der Gedanke: Wir schlagen sie tot, 100 Mk. sind uns dann bestimmt sicher. Einige kräftige Spazierstockhiebe und die 100 Mk. wären schon beinahe verdient gewesen, wenn einer von den vier Helden gewagt hätte, das tote Kleinod in seinen Besitz zu nehmen. Vielleicht aber konnte sie noch leben, was jedoch bei der Dunkelheit nicht leicht festzustellen war. Es wurden Streichhölzer angezündet, aber der Teufelswind stand der Schlange als Verbündeter bei, sodaß die Zündhölzer immer ausgelöscht wurden. Auch der Versuch, bei Herrn Heinz eine Laterne zu erlangen, schlug ihnen daneben, sodaß doch wieder Streichhölzer angezündet werden mußten. In der Zwischenzeit hatte sich dies gefährliche Reptil zum Erstaunen der vier großen Helden in ein Stück Ernteseil verwandelt. Spaßvögel hatten dieses Seil an einen dünnen Bindfaden geknüpft und langsam nach links und rechts bewegend, über die Straße gezogen. Das war der Schlangenschreck. Oh Schreck laß nach.

♃ **Dank.** Aus dem Rathause wird uns geschrieben: Bei der Feier zum 25jährigen Bestehen des Liebenbachbrunnens auf dem Marktplatz am 3. 7. 27 haben der Männergesangverein „Liedertafel" und die Musikkapelle der Forstschule bereitwilligst mitgewirkt und damit zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen. allen Beteiligten sei auch an dieser Stelle wärmster Dank ausgesprochen. Die Feier, die aufs beste verlaufen ist, wird wohl allen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben.

✕ **Liebenbachbad.** Nachdem im Hause des Herrn Paul Silbernagel vor dem Obertor eine Kartenverkaufsstelle eingerichtet worden, ist jedermann in der Lage, sich vor dem Betreten des Bades in den Besitz einer Karte zu setzen. Der Aufenthalt im Bad ohne gültige Badekarte kommt einem Betruge gleich und wird strafrechtlich verfolgt. Da sich das Bad durch seine Einnahmen selbst unterhalten muß und aus diesem Grunde eine ständige Aufsicht nicht eingeführt werden kann, werden alle einsichtigen Teile der Bevölkerung gebeten, die Stadtverwaltung in ihrem Bestreben zu unterstützen und Vorstöße zur Kenntnis der Beamten zu bringen.

△ **Kreisturnfest in Fulda.** Das Interesse der gesamten Turnerschaft konzentriert sich am kommenden Sonntag auf das in Fulda stattfindende Kreisturnfest. Nach dem, was man von den Vorbereitungen gehört hat, muß es alle vorhergehenden bei weitem in den Schatten stellen. Von Spangenberg nehmen Appell, Aston und Pieper teil. Ob es Appell gelingen wird, seine hervorragende Leistung vom Vorjahre im 10-Kampf zu wiederholen? Unmöglich ist es durchaus nicht. Allerdings munkelt man viel von einem neuen Mann aus Hann.-Münden. Salzmann, der sonst bei den Kreismeisterschaften nie fehlte, ist in diesem Jahre durch einen tückischen Unglücksfall außer Gefecht gesetzt, sodaß er zu seinem eigenen Bedauern nicht mit von der Partie sein kann. Auch Gagel, unser Gaumeister über 1500 Mtr., der fleißig trainiert hatte, kann ebenfalls wegen eines Radunfalls nicht teilnehmen. So ein Pech haben die Spangenberger noch selten gehabt. Hoffen wir, daß sich die anderen Spangenberger Auserwählten umso besser schlagen.

— **Die Landesverwaltung** (Landeshauptmann in Hessen) in Kassel teilt uns über die Junisitzung des Landesausschusses im Ständehause in Kassel folgendes mit: Der wirtschaftlich wichtigste Punkt der diesmaligen Tagung des Landesausschusses war zweifelsohne die Behandlung der Frage der Gasfernversorgung. Zwischen den Gaserzeugern und den Gasverbrauchern hat der Bezirksverband für den Regierungsbezirk Kassel eine Vermittlerrolle übernommen. Diese Vermittlerrolle fiel ihm automatisch zu durch die Tatsache, daß er im Besitze der wichtigsten Wegezüge ist, in denen die Gasfernleitungen verlegt werden sollen. Der Landesausschuß hat sich bemüht, dieser Stellung auch dadurch zu entsprechen, daß er den Wünschen der Produzenten und Konsumenten unter Abwägung der beiderseitigen Interessen gerecht zu werden versuchte und seine eigenen Interessen gegenüber den Verbrauchern und Erzeugern soweit als irgend möglich zurückstellte. Er hat in der Frage der Höhe der Anerkennungsgebühren den Wünschen der gaserzeugenden Städte vollständig entsprochen. Auch dadurch, daß er die Möglichkeit einer Uebernahme der Anlagen in den Landstraßen erstmals nach 30 Jahren vorsieht und außerdem dieses Recht ruhen läßt, solange und soweit der Bezirksverband an einer diese Anlage umfassenden Verteilungsgesellschaft mit mindestens 10% beteiligt ist, werden die Interessen der Gasproduzenten im weitesten Umfang berücksichtigt. Es ist hier auch die Grundlage geschaffen, auf der die gaserzeugenden Städte, die verbrauchenden Gemeinden und Kreise und der Bezirksverband gemeinschaftlich in einer jede Reibungen ausschließenden und unnötigen Hemmungen für die zukünftige Entwicklung beseitigenden Weise weiter arbeiten können. Der Antrag des Kreises Gelnhausen auf Aktienbeteiligung des Bezirksverbandes beim Bau der Kleinbahn Birstein nach Hartmannshain fand grundsätzliche Zustimmung. Der Landesausschuß wird, wenn die entsprechenden Unterlagen vorliegen, dem Kommunallandtag eine entsprechende Vorlage vorlegen, Im Interesse der Landwirtschaft wurden die Unterstützungen des Bezirksverbandes für Zusammenlegungsdarlehen soweit erhöht, daß die Zinslast der Beteiligten auf 4½% ermäßigt wird. Nach Mitteilung des Kulturamtpräsidenten in Kassel ist beabsichtigt, für 1928 Anträge an den Preußischen Staat auf Beteiligung bei der Regulierung der Schwalm und ihrer Nebenbäche im Kreise Ziegenhain zu stellen. Der Landesausschuß nahm in Aussicht, beim Kommunallandtag eine 25%ige Beteiligung an diesem Unternehmen zu beantragen. Die Beteiligung des Bezirksverbandes an der Büntebrücke in Rinteln wird mit 15000 RM. vorgesehen. Der von der Westfonbskonferenz vorgeschlagene Plan für die Verteilung der Mittel des Fonds zur Förderung der Landwirtschaft und des Flußregulierungsfonds 1927 wurde genehmigt. Die Jahresabschlüsse der Krankenanstalten des Bezirksverbandes für 1926 wurden genehmigt. Der Unterhaltungszuschuß für die 7 Landeskrankenhäuser — eine Sonderaufgabe des Bezirksverbandes, die in anderen preußischen Provinzial- und Bezirksverbänden von den Kreisen und Städten erfüllt wird — stellt sich auf 360786 RM. Der Unterhaltungszuschuß für die 3 Landesheil- und Pflegeanstalten beläuft sich auf 223865 RM. Es wurde berichtet, daß die Durchschnittsbelegung des Landeskrankenhauses Kassel seit dem Frühjahr dieses Jahres eine Erhöhung um rund 100 Kranke erfahren hat. Ein Umstand, der wohl wesentlich auf die Einstellung der erstklassigen Fachärzte am Beginn dieses Jahres zurückzuführen ist. U. a. hat die Abteilung für Hautkranke dauernd eine derartig starke Belegung, daß die Einstellung eines Assistenzarztes für diese Abteilung genehmigt werden mußte. Während bis zum Spätwinter 1926/27 die Zahl der Geisteskranken in den 3 Heil- und Pflegeanstalten des Bezirksverbandes noch immer eine, wenn auch gegenüber dem Vorjahre verminderte Zunahme erfahren hat, so ist seit einigen Monaten ein auffallender Stillstand eingetreten, der die Verwaltung berechtigt, die Frage der Beschaffung neuer Plätze als weniger dringend anzusehen. Zum Direktor des bisherigen Staatlichen Erziehungsheimes, jetzt Landeserziehungsheims, Wabern, das vom 1. April ds. Js. ab in die Verwaltung des Hessischen Bezirksverbandes übergegangen ist, wurde Pastor Kellner gewählt. Pastor Kellner, der zunächst mehrere Jahre in einem bekanntesten Erziehungsheim, dem Stephansstift in Hannover, tätig war, war zuletzt Leiter des Seemannsheims im Fischereihafen in Geestemünde. Professor Dr. Häpke, Marburg-Lahn, erhielt einen Beitrag zur Herausgabe einer wissenschaftlichen Abhandlung über die hessische Glasmacherkunst. Dem Verein Volksbühne e. V. in Kassel, der Volkshochschule in Fulda, dem Hessischen Gebirgsverein in Kassel, dem Oberhessischen Gebirgsverein zu Marburg und der Vereinigung zur Erhaltung der Burg Ludwigstein bei Werleshausen (Werra) wurden Beihilfen oder Darlehen bewilligt. Für den Rhön-Segelflugwettbewewerb wurden 500 RM. zur Beschaffung eines Ehrenpreises gewährt. 7250 RM. sollen zur weiteren Ausgestaltung der vom Kurhessischen Kriegerbund zu Ehren der Gefallenen errichteten Kriegerehrung in der Schönen Aussicht in Kassel verwandt werden. Der Landweg Nr. 12 des Kreises Hersfeld (Sorga-Sölzer-Höfe) scheidet mit Ausnahme einer Strecke aus dem Landwegebauverband aus. Den Kreisen Hersfeld, Homberg und Marburg wurden Unterstützungen für Landwegeneubauten und Umbauten bewilligt. Der Oberbürgermeister Dr. Antoni-Fulda, der Sparkassenrendant Drinnenberg-Hünfeld und der Sparkassenrendant Lang-Kirchhain wurden in den Verwaltungsrat der Landeskreditkasse für Giroangelegenheiten gewählt. Gemäß dem Beschluß des Kommunallandtages wurden die Bedingungen für die Uebernahme einer Bürgschaft für Industriedarlehen erörtert und die Uebernahme der Bürgschaft für die Aufnahme einer Anleihe für diesen Zweck bis zu 5 Millionen Mark vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Ministers zugesagt.

+ **Ueberwachung der Erwerbslosen.** Der Reichsarbeitsminister hat in einen soeben ergangenen Erlaß betr. Bekämpfung von Mißbräuchen in der Erwerbslosenfürsorge eine schärfere Kontrolle der Erwerbslosen angeordnet. Immer wieder wird darüber geklagt, so heißt es in dem Erlaß, daß Erwerbslose, die Gelegenheitsarbeit verrichten, Erwerbslosenunterstützung beziehen, ohne ihren Verdienst dem öffentlichen Arbeitsnachweis anzuzeigen. Wiederholt sind ferner unterstützte Erwerbslose sogar in dauernten Arbeitsstellen ermittelt worden. Nicht selten haben auch Personen sich dadurch in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung zu setzen gewußt, daß sie im Unterstützungsgesuch falsche Angaben gemacht oder durch eigenmächtige Stempelnachahmungen die Kontrollvorschriften verletzt haben. Um diesen Mißbräuchen zu begegnen, ist nach dem Erlaß des Reichsarbeitsministers in den Städten möglichst tägliche Meldung zur Kontrolle beim öffentlichen Arbeitsnachweis zu verlangen. Erwerbslosen, bei denen die Gefahr des Mißbrauches der Erwerslosenfürsorge besteht, sind Pflichtarbeiten oder Notstandsarbeiten zuzuweisen. Die Außenkontrolle ist nachdrücklich, planmäßig und unvermutet durchzuführen. Sie wird sich insbesondere auf solche Arbeitsplätze erstrecken müssen, auf denen erfahrungsgemäß häufig Gelegenheitsarbeit verrichtet wird. Die öffentlichen Arbeitsnachweise müssen mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit den Abgangsbescheinigungen zuwenden, die die Arbeitgeber über Beginn, Ende und Art, über den Grund der Lösung des Beschäftigungsverhältnisses usw. auszustellen haben. Zu Unrecht gezahlte Erwerbslosenunterstützung ist in jedem Falle zurückzufordern. Gegebenenfalls ist der Erwerbslose für längere Zeit aus der Erwerbslosenfürsorge auszuschließen. Bei strafbaren Handlungen ist Strafanzeige zu erstatten.

♃ **Die Wetterlage.** Während das kontinentale Hoch sich ostwärts verlagert hat, haben die Tiefdruckstörungen von Westen her etwas stärkeren Einfluß auf die Witterung unseres Gebietes erlangt. Im Anschluß an die noch heute einsetzende Gewittertätigkeit kommt es zur Abkühlung und vereinzelt auch zu Nachregen. Ein durchgreifender Umschlag steht aber nicht bevor.

Kassel. Gestern morgen lief beim Kasseler Polizeipräsidium ein Funkspruch aus Hann.-Münden ein, daß sich seit zwei Tagen der Chauffeur R. mit seiner 17jähriger Braut entfernt hätte. Bereits am gestrigen vormittag wurde vom Landjägermeister in Wahnhausen die Leiche eines jungen Mädchens gesichtet. Nach langen Bemühungen konnte man sie bergen. Hierbei stellte sich heraus, daß es die als vermißt gemeldete 17jährige Braut des R. war. Einige Stunden später erschien der Chauffeur selbst beim Bürgermeister und gab an, beide hätten gemeinsam beschlossen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden und waren zur gleichen Zeit ins Wasser gegangen. Während seine Braut ertrank, fand er das Wasser zu kalt und stieg heraus, ohne aber um Hilfe zu rufen oder gar den Versuch zu unternehmen, seine Braut zu retten. Er wurde vorläufig in Haft genommen. Seine Ueberführung nach Kassel wird noch im Laufe des heutigen Tages stattfinden.

Alsfeld. Im nahen Angenrod fiel der einundsechzigjährige Bürgermeister Schlitt beim Heufahren von dem beladenen Wagen ab und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule, sodaß er nach kurzer Zeit starb. Er hatte das Bürgermeisteramt sechzehn Jahre bekleidet.

Aus Stadt und Land.

✱✱ **Dr. Martin Mohr**, der Direktor des Deutschen Institutes für Zeitungskunde an der Berliner Universität ist im 61. Lebensjahre einem Herzschlag erlegen. Dr. Mohr hat während des Krieges in Warschau die Presseabteilung des Generalgouvernements Warschau geleitet. Er war dort unablässig bemüht, geistige Nahrung durch Publikationen und Vortragsveranstaltungen durch die „Deutsche Warschauer Zeitung", die einen ausgebreiteten Leserkreis besaß, an die deutsche Besatzung heranzubringen. Als der Weltkrieg zu Ende war, hat sich der nun Verblichene fast ausschließlich der Frage der Zeitungskunde und der Einführung dieses Sonderfaches in den Universitätslehrplan gewidmet. Der deutschen Zeitungswissenschaft ist mit dem Tode Dr. Mohrs einer ihrer verdienstvollsten Männer genommen worden.

✱✱ **Zugvögel im Flugzeug.** Mit dem planmäßigen Flugzeug Berlin—Kopenhagen beförderte jetzt die deutsche Lufthansa ein buntes Sortiment kleiner afrikanischer Ziervögel nach der dänischen Hauptstadt. Die Vögel, von denen jeder siebenmal so klein wie ein Sperling ist, überstanden die Reise bei guter Verpflegung ausgezeichnet und sind von jeglichen Erschütterungen verschont geblieben.

Gerichtssaal.

+ **Die Meineidsfabrik.** Mit einer aufsehenerregenden Affäre hatte sich das Koburger Schwurgericht zu befassen. Angeklagt waren ein Möbelfabrikant aus Oeslau, seine Frau, seine Nichte und sieben ehemalige Lehrlinge. Bereits seit 18 Jahren betrieb der Händler die Verleitung seiner Angehörigen und der Lehrlinge zum Meineid. Er stellte fast ausschließlich Lehrlinge ein, die keine Eltern mehr hatten, und die er sehr bald in seine Gewalt bekam. Die gefügig gemachten jungen Leute beschworen Vorgänge, die ihnen jedoch von ihrem Lehrherrn bis in alle Einzelheiten genau beigebracht worden waren. Auf diese Weise konnte es nicht verwundern, daß der gewissenlose Händler stets in den Prozessen obsiegte. Sowohl die jungen Leute wie auch des Händlers Verwandten wurden wiederholt, sogar unter Anwendung von Drohmitteln, zu Falscheiden genötigt. Der Händler erhielt jetzt 12 Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust, seine Frau sechs und seine Nichte 4½ Monate Gefängnis. Gegen zwei der bedauernswerten Lehrlinge wurden Zuchthausstrafen von je einem Jahre festgesetzt. Die übrigen gingen straffrei aus.

+ **Sühne für einen grauenhaften Mord.** Der Schlächter Becker aus Arnstadt wurde vom Schwurgericht Gotha wegen Mordes zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Angeklagte hatte im Februar d. Js. gemeinsam mit der Ehefrau Hartmann deren Ehemann, den Fleischermeister Hartmann auf bestialische Weise in Arnstadt ermordet und die Leiche zerstückelt. Wegen Beihilfe und Begünstigung zum Mord wurde Frau Hartmann zu einer Zuchthausstrafe von 12 Jahren verurteilt. Außerdem erkannte man ihr die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren ab.

20 Milliarden Kilowatt.

Der Siegeszug des Großkraftwerkes.

Gleichen Schritt haltend mit dem gewaltigen Ausbau der Elektrizitätsversorgung der ganzen Welt, ist während der letzten Jahre auch in Deutschland die Entwicklung überraschend schnell fortgeschritten.

Die neueren Feststellungen, die sich auf die Verhältnisse im Jahre 1925 gründen, ergaben, daß die deutsche Stromerzeugung im ganzen damals rund zwölf Milliarden Kilowattstunden umfaßte. Von den beiden größten Unternehmungen auf diesem Gebiete, den Elektrowerken und dem Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk, wurden im ganzen 2,8 Milliarden Kilowattstunden erzeugt, während die 388 öffentlichen Elektrizitätswerke mit einer Produktion von zwölf Milliarden Kilowattstunden beteiligt waren. Zählt man hinzu die Produktion der privaten Werke, dann kommt man auf eine Gesamtziffer von rund 20 Milliarden. Die Stromversorgung des deutschen Reiches verteilt sich auf sieben große Gebiete, die getrennt voneinander mit Strom beliefert werden. Die wichtigste Stellung von diesen Gebieten nehmen das zumeist aus dem Leipziger, dem Bitterfelder und dem Lausitzer Braunkohlenland gespeiste mitteldeutsche Versorgungsgebiet und auch das rheinisch-westfälische ein, das hauptsächlich durch das Rheinisch-Westfälische Werk vertreten wird. Am bedeutsamsten unter den süddeutschen Unternehmen ist das am Walchensee gelegene Bayernwerk dessen Eigentümer der bayerische Staat ist.

Die Mehrzahl der Elektrizitätsunternehmen ist ohnedies Besitztum von Reich, von Ländern oder Kommunen. Die möglichst günstige und vorteilhafte Auswertung der gesamten deutschen Elektrizitätsversorgung setzt ohne weiteres voraus, daß die Eigentumsrechte möglichst zentralisiert, d. h. so eng als möglich zusammengefaßt werden. Das war auch für Preußen, das nunmehr, dem Vorbilde des Reiches folgend, zu einer vollständigen Verschmelzung seiner Werke übergeht, am meisten mitausschlaggebend. Für die Weiterentwicklung der Elektrizitätsversorgung, insonderheit für den zukünftigen Netzausbau, wird diese Fusion von allergrößter Bedeutung sein. Im gleichen Verhältnis, da der Ausbau der Großkraftwerke fortschreitet, wird auch die Bedeutung der Fernleitungen zunehmen, denn von Jahr zu Jahr werden ständig entferntere Landesteile mit Strom zu versorgen sein.

Während noch vor etwa drei bis vier Jahren 33 Volt die höchstübliche Spannung bei unterirdischen Kabeln waren, wird heute von unseren Elektroingenieuren im Bereiche des Prüffeldes bereits mit rund einer Million Volt experimentiert. Heute läßt sich die Zukunft des Elektrizitätswesens natürlich noch gar nicht vorausschauen. Aber vielleicht werden schon in nicht allzuferner Zeit die ungeheuren Spannungen, die jetzt schon möglich sind, den Beweis erbringen, daß mit ihrer Hilfe nicht nur eine Stromverteilung auf das ganze Reich möglich ist, sondern daß der alte Traum, das internationale Stromnetz, aufgehört hat, ein Traum zu sein. Um gleichen Schritt mit dieser unaufhaltsamen Entwicklung zu halten, dazu bedarf es der Macht der Fusion, denn nur lose aneinander gefügte Unternehmungen würden dieser riesigen Aufgabe auch nicht im entferntesten gewachsen sein.

Handelsteil.

— Berlin, den 6. Juli 1927.

Am Devisenmarkt weiter anhaltende Nachfrage. Englisches Pfund im internationalen Verkehr etwas abgeschwächt.

Am Effektenmarkt war die Umsatztätigkeit nur gering. Unter Schwankungen gut behauptete Tendenz.

Am Produktenmarkt hatten das schöne Wetter und die vom Ausland gemeldeten Preisermäßigungen die Haltung von Brotgetreide abgeschwächt. Auf Lieferung drückte das Angebot von Andienungsscheinen, effektive Ware stand reichlich und billiger zur Verfügung, doch war Weizen fast gar nicht und Roggen nur in verschwindend kleinen Mengen unterzubringen. Die Kauflust für Mehl, besonders für Weizenmehl ließ alles zu wünschen übrig. Während Hafer reichlich aber zu unveränderten Forderungen zur Verfügung stand, werden Gerste, Mais und Hilfsfuttermittel, hauptsächlich Kleie, billiger jedoch ohne nennenswerten Erfolg zum Verkauf gestellt. Feinste Speiseerbsen blieben gesucht, doch fehlten passende Anstellungen. Sonst waren keine Veränderungen zu verzeichnen.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. —,— (am 5. 7.: —,—) Roggen Märk. 258—260 (260—262). Gerste 240—273 (240—273). Hafer Märk. 252—259 (252—259). Mais loko Berlin 185—187 (185—187). Weizenmehl 36,25—38,25 (36,50—38,50). Roggenmehl 34,25—36,25 (34,50—36,50). Weizenkleie 13,50 (13,50—13,75). Roggenkleie 15,50—15,75 (15,75). Viktoriaerbsen 44—56 (44—56). Kleine Speiseerbsen 28—32 (28—32). Futtererbsen 22—23 (22—23). Peluschken 21 bis 22,50 (21—22,50). Ackerbohnen 22—23 (22—23). Wicken 22—24,50 (22—24,50). Lupinen blaue 15—16 (15—16), gelbe 16—18 (16—18). Seradella —,— (—,—). Rapskuchen 15,40—15,80 (15,40—15,80). Leinkuchen 19,80 (19,80—20,00). Trockenschnitzel 12,50—13,10 (12,[illegible] 13,10). Sojaschrot 19—19,90 (19—19,90). Kartoffel[illegible] 33,50—34 (33,20—33,50).

Schlachtviehmarkt.

(Amtlich.) Auftrieb: 1128 Rinder, darunter 182 Ochsen, 311 Bullen, 635 Kühe und Färsen, 2200 Kälber, 4975 Schafe, — Ziegen, 11 304 Schweine, 154 Auslandsschweine. — Preise für 1 Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

	6. 7.	2. 7.
Ochsen:		
1. vollfl., ausgem., höchsten Schlachtwerts	64—66	64—67
jüngere	—	—
ältere	60—62	60—62
2. sonstige vollfleischige, jüngere	—	—
ältere	54—56	55—57
3. fleischige	40—50	40—50
4. gering genährte		
Bullen:		
1. jüng., vollfl., höchsten Schlachtwerts	60—61	60—62
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	57—58	57—58
3. fleischige	53—55	54—56
4. gering genährte	50—52	50—52
Kühe:		
1. jüng., vollfl., ausgem. höchst. Schlachtw.	50—54	50—55
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	42—46	42—46
3. fleischige	30—36	32—36
4. gering genährte	24—27	25—28
Färsen (Kalbinnen):		
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	63—65	63—66
2. vollfleischige	56—58	56—59
3. fleischige	50—52	50—52
Fresser:		
1. mäßig genährtes Jungvieh	44—50	45—52
Kälber:		
1. Doppellender bester Mast	—	—
2. beste Mast- und Saugkälber	72—82	72—82
3. mittlere Mast- und Saugkälber	60—70	60—70
4. geringe Kälber	50—58	50—58
Schafe:		
1. Mastlämmer und jüngere Masthammel		
Weidemast	—	—
Stallmast	51—57	51—57
2. mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe	42—49	43—49
3. fleischiges Schafvieh	37—40	37—40
4. gering genährtes Schafvieh	30—35	30—35
Schweine:		
1. Fettschweine über 300 Pfund	—	—
2. vollfleischige von 240—300 Pfund	60	59
3. vollfleischige von 200—240 Pfund	59—60	58—59
4. vollfleischige von 160—200 Pfund	57—59	56—57
5. fleischige von 120—160 Pfund	55—57	54—56
6. fleischige unter 120 Pfund	—	—
7. Sauen	51—54	50—53

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Marktverlauf: Bei Rindern Kälbern und Schafen ruhig, bei Schweinen glatt.

Magerviehhof Berlin-Friedrichsfelde.

(Amtlicher Bericht vom 6. Juli.)

Auftrieb: 105 Schweine und 283 Ferkel. Es wurden gezahlt im Engroshandel für das Stück:

Läuferschweine: 6—8 Monate alt 45—60, 5—6 Monate alt 30—47 Mark.

Pölte: 3—4 Monate alt 20—30 Mark.

Ferkel: 9—13 Wochen alt 13—20, 6—8 Wochen alt 8—13 Mark.

Marktverlauf: Ruhig, bei wenig veränderten Preisen.

Geschäftseröffnung.

Der verehrten Einwohnerschaft von Spangenberg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich ab **Montag, den 11. Juli**

Milch frei Haus

liefere pro Liter 24 Pfg. Führe ferner sämtliche **Molkereiprodukte** wie **Sahnen, Butter und Käse,** für Milchabnehmer zu herabgesetzen Preisen. Lieferung erfolgt zu jeder Tageszeit, auch auf telefonischen Anruf.

Abnehmer wollen sich melden bei Adolf Demme, Elbersdorf, Telefon Nr. 58 (Bildhauer Bachmann).

Adolf Demme / Elbersdorf.

Jeder
Gewerbetreibende
Handwerker und Landwirt
muß jetzt
ordnungsmäßige
Geschäftsbücher
führen.
Die Einrichtung und Fortführung derselben übernimmt:
W. Friedrich Pasche
Rechts- Revisions- und Treuhandbüro

Konsum-Verein-Melsungen

Unseren Mitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme, daß

sämtliche Marken Markenkarte und Mitgliedsbuch

bis spätestens **15. Juli 1927** abgeliefert werden müssen.

Marken, die bis zum 15. Juli nicht abgeliefert werden, sind verfallen.

Der Vorstand.

Frauen
und größere Schulkinder
für Gartenarbeit
für sofort gesucht.
Georg Pasche
Spangenberger Gartenbau und Samenhandlung.

Zum 15. Juli oder 1. Aug. wird ehrliches, fleißiges nicht zu junges
Mädchen
für kleinen Geschäftshaushalt
gesucht.
Heinrich Bierach,
Melsungen.

Für den Verkauf von
Pfaff-Nähmaschinen
VERTRETER
zum Verkauf an Private bei hoher Provision ges. Schriftl. Angebote oder persönliche Vorstellung bei
P. Gerling, Kassel
Martinsplatz 3a

Liebenbachbad.

Herr Paul Silbernagel verleiht die nachverzeichnete Badewäsche zu den dabei vermerkten Beträgen (Leihgelder):

eine rote Badehose für Kinder	0,10 RM
eine schwarze Badehose für Männer	0,20 „
ein Badeanzug für Frauen	0,20 „
eine Bademütze für Frauen	0,10 „
ein Badehandtuch	0,10 „

Für die entliehenden Stücke ist außerem ein Pfand im Werte des Gegenstandes zu hinterlegen, das bei der Rückgabe wieder ausgehändigt wird.

Spangenberg, den 6. 7. 27.

Der Magistrat,
Schier.

Polizeiliche An- und Abmeldung

In der letzten Zeit sind wiederholt Personen bestraft worden, weil sie sich nicht rechtzeitig an- bezw. abgemeldet hatten. Auch die betr. Hauswirte mußten in Strafe genommen werden. Ich benutze den Anlaß, um die An- u. Abmeldepflicht allgemein in Erinnerung zu bringen.

Spangenberg, den 5. 7. 1927.

Die Polizeiverwaltung,
Schier.

Kranken- und Invalidenversicherung.

An die Vorschriften über die An- und Abmeldungen von Arbeitnehmern bei der Krankenkasse und die Entrichtung der Invalidenversicherungsbeiträge (Einkleben von Marken in Karten) wird hierdurch erinnert. Die Pflicht liegt dem Arbeitgeber ob. Den Arbeitnehmern wird jedoch geraten, sich ebenfalls um die Sache zu bekümmern, weil es sich um ihre eigenen Belange handelt

Spangenberg, den 5. 7. 1927

Der Bürgermeister,
Schier.

Fürsorge- und Altersheim Elbersdorf.

Die Bedingungen für die Aufnahmen von Personen in das Kreisfürsorge- und Altersheim Elbersdorf liegen hier vor und können von den betreffenden Kreisen eingesehen werden.

Spangenberg, den 5. 7. 27.

Der Magistrat Schier.

2508